
Informationen zur Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Karlsruhe

Was ist der Ökumenische Rat der Kirchen?

Der Ökumenische Rat der Kirchen ist eine weltweite Gemeinschaft von Kirchen, die nach der Einheit von Christinnen und Christen, einem gemeinsamen Zeugnis und dem gemeinsamen Dienst an allen Menschen strebt. Als globaler Ausdruck der modernen ökumenischen Bewegung bekennen alle ÖRK-Mitgliedskirchen „den Herrn Jesus Christus gemäß der Heiligen Schrift als Gott und Heiland“ und trachten darum danach, gemeinsam zu erfüllen, wozu sie berufen sind, „damit die Welt glaube“ (Joh 17,21).

Weitere Infos: <https://www.oikoumene.org/de/about-the-wcc>

Was ist die Vollversammlung des ÖRK?

Die Vollversammlung ist das höchste Entscheidungsgremium des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) und tritt in der Regel alle acht Jahre zusammen. Sie ist die einzige Gelegenheit, bei der die Gemeinschaft der Mitgliedskirchen an einem Ort zusammenkommt, um gemeinsam zu beten, zu beraten und zu feiern.

Eine Vollversammlung ist ein besonderes Ereignis im Leben der Mitgliedskirchen, der ökumenischen Partner und anderer Kirchen, denn sie bringt mehr als 4.000 Teilnehmende aus allen Ecken der Welt an einem Ort zusammen. Sie ist eine einzigartige Möglichkeit für die Kirchen, ihr Engagement für die sichtbare Einheit und das gemeinsame Zeugnis auszudrücken. Eine ÖRK-Vollversammlung ist die umfassendste Zusammenkunft von Christinnen und Christen weltweit.

Die 11. Vollversammlung des ÖRK wird auf gemeinsame Einladung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), der Evangelischen Landeskirche in Baden, der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK), der Union der Protestantischen Kirchen von Elsass und Lothringen (UEPAL) und der Evangelisch-reformierten Kirche Schweiz in Karlsruhe (Deutschland) stattfinden.

Weitere Infos: <https://www.oikoumene.org/de/about-the-wcc/organizational-structure/assembly>

Wie läuft die Vollversammlung ab?

<https://www.oikoumene.org/de/about-the-wcc/organizational-structure/assembly#programm-der-vollversammlung>

Welche Rolle hat die EKD bei der Vollversammlung?

Die Vollversammlung des ÖRK findet zum ersten Mal in Deutschland und seit 1968 erstmals wieder in Europa statt. Das bedeutet: Die Welt ist zu Gast in Deutschland. Deshalb wird die EKD gute Gastgeberin dieser Vollversammlung sein. Sie möchte mit dazu beitragen, dass Menschen aus unterschiedlichen Erdteilen miteinander ins Gespräch kommen – auch über heikle Themen.

Das bedeutet aber nicht, dass die EKD als Gastgeberin jede Position der Gäste teilt. Die EKD ist eine von insgesamt 352 Mitgliedskirchen des ÖRK.

Die deutschen Kirchen sind heute selbstverständliche Partnerinnen in der ökumenischen Bewegung und Mitglied im Ökumenischen Rat der Kirchen mit vielen Kontakten, Partnerschaften und Freundschaften in aller Welt. Das war während des Zweiten Weltkriegs und in der Gründungsphase des ÖRK keineswegs so. Als Deutsche und als deutsche Kirchen haben wir in der Zeit viel Schuld auf uns geladen. Der ÖRK hat aber auch in dieser Zeit Brücken und Kanäle offengehalten, um das Gespräch nicht abreißen zu lassen. Der spätere niederländische Generalsekretär Willem Visser't Hooft hat die deutschen Kirchen und ihre Mitglieder trotz ihres Versagens und ihrer Schuld nicht unter dem Vorwurf einer Pauschalschuld ausgeschlossen, sondern ihnen die internationalen Türen geöffnet und sie nach dem 2. Weltkrieg in die ökumenische Gemeinschaft aufgenommen. Wir haben versucht, aus dieser Geschichte zu lernen und zurückzugeben, was wir selbst erfahren haben. Deswegen setzen wir uns als deutsche Kirchen ganz besonders für Gerechtigkeit und Frieden, für die Würde und Rechte aller Menschen ein. In unseren Kirchen in Deutschland sind alle Gäste willkommen und wir freuen uns, wenn sie an der Vollversammlung teilnehmen und miteinander ins Gespräch kommen.

Wie viele Delegierte gibt es?

Die Delegation der EKD umfasst dreizehn Delegierte sowie eine Beraterin und einen Berater aus dem Kirchenamt der EKD.

Wer gehört der deutschen Delegation an?

- **Landessuperintendent Dietmar Arends**
(Lippische Landeskirche)
- **Pröpstin Dr. Christina-Maria Bammel**
(Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz)
- **Anneke Bargheer**
(Evangelisch-reformierte Kirche)
- **Landesbischof Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm**
(Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern)
- **Christian Besau**
(Evangelische Landeskirche in Baden)
- **Bischöfin Petra Bosse-Huber**
(EKD)
- **Kilian Deyerl**
(Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern)

- **Lydia Mirjam Fellmann**
(Evangelische Kirche in Mitteldeutschland)
- **Landesbischof Friedrich Kramer**
(Evangelische Kirche in Mitteldeutschland)
- **Landesbischöfin Kristina Kühnbaum-Schmidt**
(Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland)
- **Dr. Lubina Mahling**
(Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens)
- **Käthe Schmidt**
(Evangelische Kirche im Rheinland)
- **Megan Louis Schuster**
(Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens)

Berater/Beraterin:

- Pfarrer Martin Pühn (EKD)
- Pfarrerin Sabine Udodesku (EKD)

Was tun bei Medienanfragen?

Wenn Sie VOR Beginn der Vollversammlung von Medien angefragt werden, wenden Sie sich bitte an die Pressestelle der EKD. Wir unterstützen Sie gerne, auch über diese FAQs hinaus:

Ihre Ansprechpersonen:

Carsten Splitt, carsten.splitt@ekd.de, 0151 12134283

Annika Lukas, annika.lukas@ekd.de, 0151 43128889

Wenn Sie WÄHREND der Vollversammlung von Medien angefragt werden, können Sie sich ebenfalls gerne an uns wenden.

Welche Erwartungen hat die EKD an die Vollversammlung?

Die Vollversammlung kann die Rolle und Verantwortung der Kirchen in der Gesellschaft stärken. Die Vorbereitungen zeigen, dass säkulare, kulturelle und politische Institutionen besonders an der Vollversammlung interessiert sind. Sie erkennen an, dass die Kirchen und Religionsgemeinschaften wichtige Multiplikatoren und Treiber gesellschaftlicher Entwicklung sind.

Zugleich kann die Vollversammlung einen Weckruf an die ganze Welt senden. Nur gemeinsam können wir den Herausforderungen dieser Zeit begegnen. Wer nur seine eigenen Interessen verfolgt, kann keine friedliche und gerechte Gesellschaft aufbauen. Privilegien erschüttern das konstruktive Zusammenleben; Rassismus und Ungerechtigkeit zerstören eine stabile Gemeinschaft. Wenn es gelingt, diesen aktuellen Trends nicht nur mit einer klaren Botschaft zu begegnen, sondern auch mit einem lebendigen Zeugnis von Einheit, Gerechtigkeit und Frieden, dann haben sich alle Bemühungen gelohnt.

Warum ist die russisch-orthodoxe Kirche (ROK) eingeladen?**Welche Form des Dialogs mit der ROK ist geplant?**

Wir setzen auf Dialog und Diskurs: Der Zentralausschuss des ÖRK hat im Juni entschieden, dem Antrag auf eine Aussetzung der Mitgliedschaft des Moskauer Patriarchats nicht stattzugeben. Dabei war es von entscheidender Bedeutung, dass im Rahmen der Vollversammlung ein Gespräch zwischen den vielen internationalen, den russischen und ukrainischen Delegierten stattfinden soll.

In der Erklärung vom 18. Juni 2022, die auch von den Delegierten des Moskauer Patriarchats mitgetragen wurde, wurde das Kriegshandeln Russlands in aller Schärfe verurteilt. Schon darin ist eine Annäherung zwischen den Positionen der Mitgliedskirchen im ÖRK gegen den Krieg und den Delegierten des Moskauer Patriarchats, die diese deutliche Erklärung mitgetragen haben, gegeben. Wir hoffen, dass die Begegnungen bei der Vollversammlung einen weiteren Fortschritt auf diesem Weg bringen werden.

Bietet der ÖRK der ROK nicht eine Bühne für Propaganda?

Bislang haben die Delegierten des Moskauer Patriarchats keine Gelegenheit für Propaganda genutzt. Deshalb haben wir die begründete Hoffnung, dass dies auch so bleibt. Für den Fall, dass die Vertreter der ROK von dieser Linie abweichen, ist der ÖRK vorbereitet und wird intervenieren.

Wird auch eine Delegation aus der Ukraine teilnehmen?

Ja. Durch den persönlichen Einsatz von ÖRK-Generalsekretär Ioan Sauca, der mit einem kleinen Team in die Ukraine gereist ist, ist es inzwischen tatsächlich gelungen, die ukrainische Regierung zu motivieren, Delegierte zur Vollversammlung ausreisen zu lassen. Bei seinem Besuch in Kiev haben die Vorsitzenden der Ukrainischen Kirchen und des Allukrainischen Rates der Kirchen und Religionsgemeinschaften dem ÖRK Generalsekretär zugesagt, Vertreter zur Vollversammlung zu entsenden. Nach jetzigem Stand wird eine große Delegation einreisen.

Werden auch jüdische Teilnehmer*innen erwartet?

Ja. Am Programm wirken aktiv mit:

- Rabbi David Sandmel vom International Jewish Committee on Interreligious Consultations (IJCIC)
- Liliane Apotheker vom International Council of Christians and Jews
- Prof. Barbara Traub, Zentralrat der Juden (Mitglied im Präsidium)

Wie steht die EKD zum Thema BDS?

Der Rat der EKD hat im Februar 2020 dazu Stellung bezogen. Unter anderem betont er ein Festhalten an der Zweistaatenlösung, tritt für die doppelte Verbundenheit mit dem Staat Israel und dem palästinensischen Volk ein und lehnt Boykottmaßnahmen gegen Israel ab:

<https://www.ekd.de/stellungnahme-rat-der-ekd-debatte-bds-bewegung-53837.htm>

Es wird ein Antrag erwartet, dass Israel zum Apartheidstaat erklärt werden soll. Was ist das und wie steht die EKD dazu?

Der ÖRK als Gemeinschaft von Kirchen achtet zunächst die Stimmen der lokalen Kirchen, hier jener aus dem Nahen Osten. Es ist nicht zu erwarten, dass aus diesem Kreis der Vorwurf, Israel sei ein Apartheidstaat, erhoben wird, entsprechende Anträge würden also aus anderen Kontexten kommen. Konkret liegen solche Anträge noch nicht vor, aber man muss sich darauf einstellen. In solch einer Debatte würde sich dann auch die Delegation der EKD zu Wort melden. Diese Position lässt sich folgendermaßen zusammenfassen:

Hier ist Maß zu nehmen an anerkannten Definitionen und Bestimmungen. Die Internationale Konvention über die Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid vom 30. November 1973 definiert in Artikel II Verbrechen der Apartheid als „unmenschliche Handlungen, die zu dem Zweck begangen werden, die Herrschaft einer rassistischen Gruppe über eine andere rassistische Gruppe zu errichten und aufrechtzuerhalten und diese systematisch zu unterdrücken“. Im Konflikt zwischen dem jüdischen Volk im Staat Israel und dem palästinensischen Volk geht es aber nicht um rassistische Gegensätze, sondern um Land, Freiheit und nationale Selbstbestimmung zweier Völker. In Israel und Palästina begegnen sich nicht zwei „Rassen“, sondern zwei Völker und drei Religionen mit ihrem jeweiligen Selbstverständnis, historischem Gedächtnis und ihren (nationalen) Ansprüchen. Von daher ist die Bezeichnung Israels als Apartheidstaat sachlich unzutreffend und erneuert zudem die fatale Gleichung Zionismus = Rassismus.

Wie stehen ÖRK und EKD zum Thema Antisemitismus?

Der ÖRK hat bereits auf seiner ersten Vollversammlung im Jahr 1948 in Amsterdam jegliche Form des Antisemitismus als Sünde gegen Gott und die Menschen verdammt. Diese Zurückweisung des Antisemitismus ist grundlegend. Sie enthält eine theologische Tiefendimension, insofern der Antisemitismus nicht als eine unter vielen Sünden, sondern als Sünde schlechthin, als Rebellion gegen Gott verstanden wird und nicht nur als Ausdruck einer inhumanen Gesinnung.

In Amsterdam wurde ebenfalls erklärt, dass das jüdische Volk bis in die Gegenwart hinein von Gottes Treue und Gnade getragen wird. Und die damalige Vollversammlung hat sich mit politischen und theologischen Fragen beschäftigt, die mit der wenige Monate zuvor erfolgten Gründung des Staates Israel zusammenhängen.

Der amtierende Generalsekretär des ÖRK, Ioan Sauca, hat kürzlich während seines Besuches in Israel und Palästina erklärt, dass der ÖRK seit 1948 den Staat Israel und seine legitimen Bedürfnisse nach Sicherheit anerkennt.

Die Reise des amtierenden Generalsekretärs verdeutlicht auch, wie der ÖRK sich selbst und seine Rolle versteht: Der ÖRK ist eine Gemeinschaft von Kirchen, in der in erster Linie auf die jeweiligen Stimmen der Mitgliedskirchen, hier jener des Nahen Ostens zu hören ist. Das wird auch die erste Aufgabe der Vollversammlung sein: die kirchlichen Stimmen aus Israel und Palästina wahrzunehmen. In den vergangenen Monaten haben die Kirchenleitungen vor Ort mehrere Erklärungen veröffentlicht, in denen sie von Angriffen extremistischer Gruppen auf Geistliche und Kirchengebäude, von Einschränkungen beim Zugang zu christlichen Stätten und von Maßnahmen berichten, die die christliche Präsenz und damit die multikulturelle Identität Jerusalems bedrohen. Und sie haben zum wiederholten Mal auf die mittlerweile 55 Jahre andauernde Besatzung und die Notwendigkeit einer gerechten Friedensregelung hingewiesen. Der Maßstab in diesem Konflikt ist für den ÖRK, nicht anders als für die politischen Instanzen, das internationale Völkerrecht. Von ihm her ergibt sich die regelmäßige Forderung des ÖRK nach einem Ende der Besatzung, die Verurteilung von Zwangsumsiedlungen der palästinensischen Bevölkerung, wie sie aktuell im Westjordanland in der sogenannten Feuerzone 918 praktiziert wird, und das Ziel einer zu verhandelnden gerechten Zwei-Staaten-Lösung im Einklang mit den internationalen Resolutionen.

Wer für diese Ziele einsteht, wird um Kritik an einzelnen Entscheidungen der israelischen Regierung und an Aktionen jüdischer Extremisten nicht herumkommen. Wenn solche Kritik sachlich begründet und vorgetragen wird, darf sie nicht als Antisemitismus diffamiert werden. Dies stellen auch die gängigen aktuellen Definitionen von Antisemitismus fest, wie die Definition der „International Holocaust Remembrance Alliance“ und die „Jerusalem Declaration on Antisemitism“.

Was tut die EKD aktiv gegen Antisemitismus?

Die Evangelische Kirche in Deutschland engagiert sich zusammen mit den 20 Landeskirchen seit Jahren gegen Antisemitismus. Sie bekennt ihre Mitschuld an Judenfeindschaft in den vergangenen Jahrhunderten und bezieht klar Stellung: Christlicher Glaube und Judenfeindschaft schließen einander aus. Antisemitismus ist Gotteslästerung.

Weitere Infos: <https://www.ekd.de/vorwort-30967.htm>